



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0886690

P/XVII/32 - 7. Februar 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
2 - 2	<u>Der Rekordhaushalt und sein Defizit</u> Spiegelbild des Ernstes der politischen Lage Von Dr. Alex Müller, MdB	105
3 - 5	<u>Wenn de Gaulle "verschwindet"</u> Von unseren Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	117
5	<u>Sport und Politik</u> Antwort auf Ullrichs Mauer	29
6	<u>Zerfall einer Partei</u> Ergebnis eines misslungenen Experimentes	48
7	<u>Aus dem Zeitgeschehen:</u> <u>Der wahrhaft globale Mensch</u>	39

* * *
* *

Der Rekordhaushalt und sein Defizit

Von Dr. Alex Möller, MdB

Der neue Bundeshaushalt für das Jahr 1962 ist ein Rekordhaushalt, der allein für die Verteidigung 16,9 Milliarden DM vorsieht, von denen 13 Milliarden DM auf die Bundeswehr, 0,7 Milliarden auf den Aufenthalt verbündeter Streitkräfte und nur 0,8 Milliarden auf die zivile Verteidigung entfallen. Der Verteidigungshaushalt ist mit einem knappen Drittel am Gesamthaushalt noch stärker in den Vordergrund gerückt als 1961, als er erstmals im Umfang den Sozialetat übertraf.

Der Sozialhaushalt ist demgegenüber im wesentlichen gleichgeblieben. Während ein Mehrbedarf zum Beispiel beim Kindergeld für Zweitkinder - im Jahre 1961 Mittel nur für 9 Monate veranschlagt waren - in Höhe von 140 Millionen DM und für die Zuschüsse zur Rentenversicherung mit 335 Millionen DM auftritt, erfordert die Kriegsopferversorgung 215 Millionen DM weniger; auch der Zuschuss zur knappschaftlichen Rentenversicherung hat sich um 200 Millionen DM verringert.

Für Ernährung und Landwirtschaft erreichen die Förderungsmittel jetzt eine Höhe von über 3,5 Milliarden DM, wobei die Hälfte des Mehrbedarfs auf Maßnahmen des Grünen Plans entfällt, bei dem allein die Bundesmittel auf über 2 Milliarden DM ansteigen.

Deckungslücke von 4,7 Milliarden

Im Haushaltsentwurf sind ordentliche Einnahmen in Höhe von rund 50 Milliarden DM enthalten. Wenn es auch nach der Parlamentsberatung bei Gesamtausgaben von 54,7 Milliarden DM bleiben sollte, dann wäre eine Deckungslücke von 4,7 Milliarden DM zu schließen. Diese Lücke soll folgendermaßen ausgeglichen werden: Etwa 1,2 Milliarden DM Minderausgaben ergaben sich durch Verrechnung von Vorgriffen und der vom Bundesfinanzminister vorgenommenen 12 Prozent Globalkürzung aller nicht auf Rechtsverpflichtung beruhenden Ausgaben der zivilen Ressorts, 1,8 Milliarden DM will sich der Bundesfinanzminister auf dem Kapitalmarkt beschaffen, und 1,74 Milliarden DM sollen die Länder zum Ausgleich beisteuern.

In Haushaltsausschuss wird man sich noch sehr eingehend mit dieser 12 prozentigen Pauschkürzung beschäftigen müssen, und der Bundestag wird eine solche Maßnahme, wenn überhaupt, nur schweren Herzens billigen können. Sie ist geeignet, das Statutrecht des Parlaments zu kasuieren. Richtiger wäre gewesen, schon im Voranschlag die Ansätze zu kürzen, um von vornherein klare Verhältnisse zu schaffen.

Bezüglich der Einnahmenseite ist noch hervorzuheben, dass der Bundesfinanzminister bei seiner Steuerschätzungen mit einer Verlangsamung des Wirtschaftswachstums rechnet. Die Steuereinnahmen des Bundes werden für 1962 auf 45,6 Milliarden DM geschätzt. Es sei bei dieser Gelegenheit daran erinnert, dass die SPD im Finanzierungsplan für ihr Regierungsprogramm von 44,4 Milliarden DM ausgegangen ist. Die in den letzten Tagen vom Statistischen Bundesamt ermittelten Zahlen über das Wirtschaftswachstum sind eine weitere und authentische Bestätigung, dass unser Finanzierungsplan eine realistische Grundlage hatte: Das Bruttosozialprodukt wurde für die Bundesrepublik (ohne Berlin) mit 310,4 Milliarden DM ermittelt, und wenn man die für Berlin festgestellten 6,3 Milliarden DM hinzuzählt, ergeben sich insgesamt 318,7 Milliarden DM; wir hatten seinerzeit 317 Milliarden DM angenommen. Die Zuwachsrate des Bruttosozialprodukts betrug nach den amtlicher Feststellungen real 5,3 Prozent; wir gingen von 5,5 Prozent aus. Ich glaube, diese Feststellung bedarf keines weiteren Kommentars.

Anleihe über den Kapitalmarkt und Länderhilfe

Nun die Frage nach dem Haushaltsausgleich. Es stehen zwei Tatbestände besonders im Vordergrund. Zunächst die Absicht des Bundesfinanzministers, sich 1,8 Milliarden DM über den Kapitalmarkt zu beschaffen, davon mindestens eine Milliarde DM durch eine Anleihe, den Rest durch mittel- oder kurzfristige Kredite. Zwar hatte der Bund schon früher eine solche Transparenz angekündigt, diese Absicht aber - abgesehen von einem Testfall - nicht realisiert. Die Aufnahme einer Anleihe ist grundsätzlich zu begrüßen; einmal deswegen, weil wir uns zu sehr daran gewöhnt haben, alle erdenklichen Staatsausgaben über Steuern zu finanzieren, zum anderen, weil die Situation günstig ist, nachdem die Länder erklärt haben, 1962 den Kapitalmarkt nicht in Anspruch zu nehmen.

Das zweite bemerkenswerte Ereignis ist die Vorstellung der Bundesregierung und ihres Finanzministers, für die Deckung der Restlöcher von 1,74 Milliarden DM die Hilfe der Länder in Anspruch zu nehmen. Ein erstes Gespräch zwischen Finanzminister Starke und den Länderfinanzministern hat mittlerweile stattgefunden. Es endete, wie wir wissen, mit einer gewissen Bissanz, nachdem ohnehin schwer zu begreifen ist, warum mit den Verhandlungen erst begonnen wurde, nachdem der Haushaltsentwurf vorlag.

Obwohl die Länder ihre grundsätzliche Bereitschaft erklärt haben, beim Ausgleich des Bundeshaushalts mitzuwirken, liegen bisher keinerlei konkrete Ergebnisse vor; man wird voraussichtlich Mitte Februar weiter beraten. Trotz aller Schwierigkeiten und Gegensätze sollte man sich aber nicht in eine Streitsituation hineinmanövrieren, sondern den Versuch unternehmen, wenigstens für dieses Jahr eine Länderhilfe zu sichern. Jede andere Haltung würde der Staatsbürger und Steuerzahler nicht begreifen.

Wende in unserer Finanzpolitik

Mir scheint, wir stehen ohnehin an einer Wende in unserer Finanzpolitik: Das Prinzip der Anerkennung einer gemeinsamen Verantwortung für den Bundeshaushalt, der besonders durch die Verteidigungslasten ständig angestiegen ist, zeichnet sich bereits ab. Wir haben jetzt eine Situation, die eine isolierte Betrachtung der Haushalte nicht mehr erlaubt. Diese Auffassung wird auch gestützt durch den Artikel 106 des Grundgesetzes, wonach Bund und Länder ihre Deckungsbedürfnisse so zu koordinieren haben, "dass ein billiger Ausgleich erzielt, eine Überbelastung der Steuerzahler vermieden und die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet gewahrt wird". Der ganze Vorgang zeigt, dass die Vorbereitung einer umfassenden Finanz- und Steuerreform durch Sachverständige wirklich vorangetrieben worden ist.

Wenn der Bundesfinanzminister von einer Wende in der Finanzlage des Bundes spricht, so wäre es somit realistisch, auch zu erkennen, dass wir ebenso an einer entscheidenden Wende der Beziehungen zwischen Bund und Ländern angelangt sind. Eine dem Ganzen dienende Finanzpolitik hängt ab von einer Verständigung zwischen Bund und Ländern. Gerade hierauf hat die sozialdemokratische Bundestagsfraktion in der letzten finanzpolitischen Debatte am 17. Januar 1962 hingewiesen. So schwer es manchen fallen mag: Die politische Tatsache bleibt bestehen, dass es ohne faire Zusammenarbeit bei der Bundesregierung mit der sozialdemokratischen Bundestagsopposition und den sozialdemokratisch geführten Ländern nicht geht.

Die Höhe des Bundeshaushalts wurde von Bundesfinanzminister mit dem Ernst der politischen Lage begründet. Die Empfehlung einer Allparteienregierung ist von den jetzigen Koalitionspartnern mit dem Hinweis abgelehnt worden, es bestünde kein nationaler Notstand. Diese Behauptung wird lautstark sowohl durch die Vorlagen der Bundesregierung, als auch durch manche Debatten im Bundestag widerlegt.

Wenn de Gaulle "verschwindet" ...

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

In Paris machen sich verschiedene Kreise grosse Sorgen über das "Vakuum", das im Falle eines eventuellen "Verschwindens" General de Gaulles entstehen könnte, entweder infolge eines neuer Staatsstreiches oder auf "natürliche" Weise.

Provisorischer Staatsoberhaupt wäre dann, der gegenwärtigen Verfassung entsprechend, Gaston Monnerville (65), Präsident des Senats. Diese Funktion übte der in Guyana geborene Beamtensohn übrigens schon in der ganzen Vierten Republik aus, als Vorsitzender des damaligen "Rates der Republik". Monnerville ist Linksdemokrat und hat mit allen republikanischen Parteien die besten Beziehungen. Wenn es auf ihn ankäme, würde zweifellos eine demokratische Übergangsregierung gebildet und die Französische Republik in ihrer Übergangszeit zu demokratischen Neuwahlen geführt werden.

Kandidaten rechts ...

Man sind aber bekanntlich noch andere Kräfte im Spiel, die auf die Nachfolge de Gaulles warten. Da ist einmal die rechtsradikale Untergrundarmee mit General Salan, dessen Loblied dieser Tage im Westdeutschen Rundfunk von früheren französischen Ministerpräsidenten Georges Bidault gesungen wurde, der ebenso wie Soustelle immer noch auf eine Rückkehr zur Macht hofft. Da ist die aktive Armee, auf die Marschall Juin, Frankreichs höchster Offizier, immer noch grossen Einfluss hat. Ein wichtiger Kandidat des Bürgerblocks ist schliesslich Antoine Pinay, Chef der "gemässigten" Rechtsbürgerlichen.

Man befürchtet die Errichtung einer offenen Militärdiktatur, nicht mehr zur "Brettung" Algeriens, das nun einmal für die französische Kolonialherrschaft verloren ist, sondern vielmehr als "Rache" an der "unheroischen" Metropole, die sich mit dem Verlust Afrikas längst abgefunden hat.

Kandidaten links ...

Bemerkenswert sind die Bemühungen des früheren Staatspräsidenten Vincent Auriol, der in den letzten Wochen diskret mit Männern der verschiedensten politischen Richtungen Fühlung nahm, von den Unabhängigen Sozialisten (PSU) bis zu angeblichen Republikanern im rechtsradikalen Lager. Eine provisorische Regierung der "Nationalen Union" soll für den Ernstfall vorbereitet werden, um den Bürgerkrieg zu verhindern.

Gespaltene Arbeiterbewegung

14 Linksorganisationen berieten Anfang Januar über die Aufstellung eines gemeinsamen republikanischen Schutzbundes zum Kampf gegen den drohenden rechtsradikalen Putsch und zur Unterstützung des zerbröckelnden Staatsapparates. Leider konnten sie sich nicht einigen. Die Verhandlungen scheiterten an der Frage, ob die Kommunisten und die von ihnen beeinflussten Gewerkschaften und anderen Massenorganisationen früher oder später hinzugezogen werden sollen oder nicht. Die Mehrheitssozialisten (SFIO) und die von ihnen geleitete Gewerkschaft FO, sowie die freisinnigen Radikalen sind gegen jede Fühlungnahme oder Übereinkunft mit den französischen Kommunisten. Die Unabhängigen Sozialisten (PSU, die sich vor einiger Zeit von der SFIO abgespalten hat) und interessanterweise auch die christlichen Gewerkschafter und die einflussreichen und sehr aktiven Gewerkschaftsverbände der französischen Studentenschaft (UNEF) und Lehrerschaft hingegen sind, obwohl sie die Ideologie und die Methoden der Kommunisten ablehnen, für eine gewisse Aktionsseinheit gegen die CAS.

Jedenfalls sind die gemeinsamen Besprechungen der französischen Linksorganisationen bis auf weiteres gescheitert und jede Partei und Gewerkschaft trifft gegenwärtig eigene Vorbereitungen durch Aufstellung von Aktionsgruppen und Milizen, die in verschiedenen französischen Städten, unabhängig von den Zentralleitungen, bereits gemeinsame Aktionen durchführen.

Die "Verschwörung" von Alma

Im Januar versammelten sich in engeren Kreise bei dem Bankdirektor Pierre Uri (51), langjähriger Mitarbeiter von Jean Mornet und bis 1959 Vorsitzender der Montanunion, folgende Persönlichkeiten: die früheren Ministerpräsidenten Guy Mollet, Generalsekretär der Sozialistischen Partei, Edgar Faure, Führer der bürgerlichen Radikalen und Pinay; der Vorsitzende der christlichsozialen Volksrepublikaner (MRP) Colin, sowie die führenden Männer der sozialistischen und christlichen Gewerkschaften.

Bekannt wurde diese Unterredung unter dem Titel "Déjeuner de l'Alma", weil sie in der Privatwohnung Uris stattfand, in der Nähe der Alma-Brücke in eleganten Westen der Seine-Hauptstadt. Die Gegner von rechts und von links sprechen auch von der "Verschwörung von Alma".

Niemand weiss, was dort hinter den Kulissen tatsächlich besprochen wurde. Die Teilnehmer sind sich jedenfalls nicht nur über die Notwendigkeit einer organisierten Nachfolge im Elysée einig, sondern auch über die Ausschaltung der ausgesprochenen Rechtsextremisten und der Kommunisten und anderen linksradikalen Gruppen. Als einigendes Band wird auch die atlantische Aussenpolitik und das Bekenntnis zu einem vereinigten Europa hervorgehoben, als deutliche Abgrenzung auch von der gegenwärtigen gaullistischen Aussenpolitik. Die Aussenpolitik dürfte sogar eines der wesentlichsten Motive des Treffens ehemaliger und vielleicht kommender Ministerpräsidenten bei Pierre Uri gewesen sein.

Der Standpunkt der SFIO

Guy Mollet entwickelte den Standpunkt der Sozialistischen Partei Frankreichs für drei mögliche Fälle.

1. De Gaulle "verschwindet". In diesem Fall marschieren die SFIO "gemeinsam mit allen Demokraten", d.h. ohne die Kommunisten und ihre Gewerkschaften, wohl aber mit den Mittelgeringen und mit den gemässigten Rechtsunabhängigen, um unter dem Vorsitz des provisorischen Staatspräsidenten Monnerville die Kontinuität des republikanischen Regimes zu gewährleisten.
2. Späterhin will die Sozialistische Partei aber nur mit den "Linksdemokraten", d.h. mit den freisinnigen Radikalen gemeinsam handeln; ein Wahlbündnis und eine spätere Koalitionsregierung werden also von der SFIO nur in beschränktem Rahmen erwogen, ohne die christlich-sozialen Volksrepublikaner und die Rechtsbürgerlichen.
3. Falls der Bürgerkrieg "dennoch" ausbrechen sollte, werden die Sozialisten gegen einen Putsch oder gegen eine Diktatur der OAS aktiv kämpfen, mit allen Franzosen, ohne Unterschied der Partei.

Um des Kaisers Bart ...

Man hat den Eindruck, dass alle diese Rechnungen ohne den Wirt gemacht werden. Zunächst sitzt de Gaulle politisch noch fest im Sattel; ein unerwarteter Todesfall oder Mordanschlag sind natürlich möglich. Wenn der General aber heute oder morgen die Franzosen zu einer neuen

Volksabstimmung riefte, erzielte er wahrscheinlich wieder die absolute Mehrheit im Lande; erst recht nach dem lange erwarteten Waffenstillstandsabkommen in Algerien. Der einzelne Franzose schimpft wohl gern, da Gaulle ist aber doch noch recht populär und für viele zumindest ein "kleineres Übel".

Andererseits ist es unwahrscheinlich, dass die Fanatiker der OAS sich ausgerechnet von einem Komitee ehemaliger Ministerpräsidenten ärgern lassen und die Waffen des Aufsturus aus der Hand legen. Man denke an die Verachtung, die sie den Männern der Vierten Republik schon im Mai 1958 entgegenbrachten! Nach den bisherigen Erfahrungen kann man eher annehmen, dass der Friedensschluss zwischen Paris und der OAS und erst recht ein "Vakuum" im Elysée Auftakte zur offenen Revolte wären. Alle im Schatten geplanten Kombinationen werden dann mit einem Schlag über den Haufen geworfen. Auf die Rebellion der OAS würde der Generalstreik der Gewerkschaften antworten, ohne Unterschied der politischen Schattierung. Energien, die seit mehreren Jahren gefesselt sind, werden mit der Beendigung des Algerienkrieges unvermeidlich freigelegt.

+ - -
Sport und Politik

sp - In der internationalen Sportwelt gibt es grosse Erregung. Mit knapper Mehrheit hat der Exekutivrat des Internationalen Ski-Verbandes beschlossen, die vorgesehenen Ski-Weltmeisterschaften in Chamonix in "Weltspiele des Internationalen Ski-Verbandes" umzutaufen, was bedeutet, dass nun keine Weltmeistertitel vergeben werden können. Begründung: die Französischen Behörden verweigern den angemeldeten Sportlern aus dem Ulbrichtstaat die Einreise und die alliierte Paßstelle in Westberlin die Ausstellung von Reisepässen. Viele Sportfanatiker mögen diese Entscheidung bedauern, aus allgemein politischen Gründen ist sie jedoch zu begrüssen. Der Beschluss richtet sich nicht gegen die mitteldeutschen Sportler, wohl aber gegen das Ulbrichtregime, das durch die Errichtung der Schandmauer und Drahtverhaue eine wehrlose Bevölkerung von 17 Millionen von jeder Berührung mit der westlichen Welt fernhält. Kennedy, de Gaulle und andere wurden um eine Aufhebung dieses Beschlusses bemüht. Beide Staatsmänner und die westalliierte Paßstelle in Berlin liessen sich nicht pressen, sie folgten einem Gebot des politischen Anstands.

Ulbricht selbst hat den Reiseverkehr für die Bürger der Zone abgelehnt; so darf kein Westberliner die in Ostberlin lebenden Angehörigen oder die Gräber der Verstorbenen besuchen. Damit hat Ulbricht die Selbstisolierung auf die Spitze getrieben. Solange dieser schändliche, das menschliche Gewissen herausfordernde Zustand besteht, die Mauer als Symbol von Hass und Haß, Absperrung und Unterdrückung Berlin teilt, solange müsste es dem Zonenstaat nicht gesattet sein, Sportler, die sich nicht wehren können, als Störenfriede und Propagandisten auf internationalen Sportplätzen zu missbrauchen, die völkerverbindend sein sollen. Die verständliche Erregung über die Absage der Skiweltmeisterschaften richtet sich deshalb gegen eine falsche Adresse; der wirkliche Adressat ist Ulbricht, dem der Sport nur ein Mittel ist, um Zwiespalt in eigenen Völkern und bei fremden Völkern zu säen.

Zerfall einer Partei

W.P. Die 160 Delegierten der "Gesamtdeutschen Partei", die Mitte Januar auf dem Göttinger Parteitag über die Existenz ihrer Partei berieten, werden nach den kritischen Stellungnahmen des früheren Bundesvorsitzenden Herbert Schneider kaum überrascht sein über die Auflösungserscheinungen, die sich in den letzten Wochen allerorts zeigen. Die Niederlage beim Bundestagswahlkampf 1961 sowie das Abwandern des früheren Landesvorsitzenden Langheine mit grossem Anhang und starker Anziehungskraft hatten eine solche Entwicklung erwarten lassen. Das Ausmaß ist jedoch frappierend: Der Berliner Landesverband steht vor dem Übertritt zur CDU, der bremische Landesvorsitzende Schneider ist von seinen Ämtern suspendiert, desgleichen der Bezirksvorsitzende Ahlers. Drei Bürgerschaftsabgeordnete der GDP schlossen sich der FDP an, der Rest soll vor der Auflösung stehen. Vor wenigen Tagen trat der stellvertretende Bundesausschussvorsitzende und stellvertretende Landesvorsitzende von Baden-Württemberg, Martin, aus der Partei aus. In Harburg schlossen sich vier ehemalige GDP-Kreistagsabgeordnete der CDU an, die übrigen beschlossener, sich wieder "Fraktion der Deutschen Partei" zu nennen. Dem Vorbild seines Parteifreundes Busch, Bankdirektor a.D., folgte in Ulzen der Ehrenreisesitzer Dr. Lucke, der Beigeordneter im Ulzener Stadtrat war. Ihm folgte der dortige Landrat mit sechs weiteren Kreistagsabgeordneten.

Aus der GDP trat wenige Monate nach seiner Abwahl aus dem Bundestag auch der frühere Abgeordnete Schranz aus - der durch seine Tätigkeit als Oberbürgermeister der Stadt Offenbach während der NS-Zeit bekannt wurde. Auch in Schleswig-Holstein machte diese Entwicklung nicht kalt. Der frühere BHE-Abgeordnete Jubar verliess seine Partei.

Dies waren Meldungen aus den letzten Tagen. Handelte es sich dabei lediglich um vereinzelte Abspaltungen oder Reinigungsprozesse, so bräuchten sie für die Zukunft der GDP nicht unbedingt entscheidend zu sein. Aber nach dem Ausscheiden der DP-Gruppe um den früheren niedersächsischen Landesvorsitzenden Langheine, die zur CDU tendiert und des Anhangs von Schneider, der Anschluss an die FDP sucht, bildete sich dieser Tage ein "Aktionsausschuss zur Fortsetzung der politischen Arbeit der DP in Niedersachsen", der im kommenden Landtagswahlkampf aufzutreten beabsichtigt. Er rechnet mit etwa 200 000 Wählerstimmen aus dem eigenständigen DP-Wählerstamm und hofft auf eine Zusammenarbeit mit der im vorigen Jahr wieder gegründeten "Niedersächsischer Landespartei."

Diese Entwicklung zeigt, dass die GDP bei den diesjährigen Wahlen kaum noch auf DP-Stimmen rechnen kann, es sei denn von solchen, denen jede Alternative zur CDU/CSU recht ist. Die GDP ist somit praktisch nur noch eine andere Bezeichnung für den früheren "Gesamtdeutschen Block/BHE. Sollte der Trend von der Bundestagswahl 1961 sich fortsetzen, der eindeutig auch ein starkes Abwandern von BHE anzeigte, so erscheint es fraglich, ob die GDP noch lange auf Länderebene parlamentarisch vertreten sein wird. Ihre politischen Zielsetzungen dürften die Erwartungen dieser Partei im Übrigen auch kaum rechtfertigen. Der Zug zum Zwei-Parteien-System bleibt unverkennbar. Die Sozialdemokratie ist heute die einzige bestehende politisch wirksame Alternative zur CDU/CSU. Das wird sich dem öffentlichen Bewusstsein in den kommenden Monaten immer stärker einprägen.

Aus dem Zeitgeschehen:

Der wahrhaft globale Mensch

K.M. Deutsche Gebirgsjäger werden nach Persien geflogen, wo sie in der Eiswelt des iranischen Hochlands nach dem Überlebenden eines Flugzeugunglücks suchen sollen ...

Sechstausend amerikanische Soldaten fliegen von der Westküste des Pazifik - über den Pol - nach Deutschland, um schnell mal an einem Manöver teilzunehmen ...

Deutsche Flieger, die sich in Amerika zur Ausbildung aufhalten, werden vorübergehend in die Südsee geschickt ...

En der Tat, der Mensch ist im Begriff, ein interkontinentaler, ein wahrhaft globaler Mensch zu werden. Vor allem scheint es der Soldat zu sein. Es gab in Hannover einen Mann, der einmal unter dem Aspekt "Ich war Hitlers Tourist" eine Liste sämtlicher Unternehmungen aufstellte, an denen er als einfacher Soldat teilgenommen hatte: Polen, Norwegen, Griechenland, Russland, Frankreich, Italien.

Er machte sich das Vergnügen, auszurechnen, was seine Reisen, wären es friedliche Reisen im Frieden gewesen, gekostet haben würden, - um Gottes willen keine luxuriösen Bedingungen, aber auch nicht gerade Transport im Viehwagen, vielmehr schlicht und bürgerlich, gewissermaßen alles dritter Klasse.

Es kamen an die Fünfzigtausend Mark heraus, weit mehr jedenfalls, als dieser Tourist, von Beruf kaufmännischer Angestellter, in seinem ganzen Leben hätte erübrigen können.

Nun sind die Soldaten zu allen Zeiten flotte Marschierer und weitgereiste Touristen gewesen. Namen wie Xenophon und Alexander sagen alles. Ja, der ganze Krieg ist, wenn man will, eine Art Touristik, wobei freilich, um mit Clausewitz zu sprechen, aller Vorbereitungen Zweck und Ziel "das Gefecht" ist.

Fälle von "globaler Mensch" tauchen neuerdings auch in nichtmilitärischen Zusammenhängen auf, und das scheint, mehr noch als die hier genannten Beispiele, ein Kriterium für wirklich neuartige Entwicklungen zu sein.

Kürzlich wurde ein Krimireller festgesetzt, dem es gelungen war - so hiess es in den Berichten -, "bis zur Südsee durchzubrechen". Man legte ihm Handschellen an und führte ihn in Flugzeugen über mehrere Kontinente zurück. Auch diese Art von Tourismus kann nicht ganz billig sein. Auf den Fotos, die uns gezeigt wurden, waren immer zwei ziemlich robuste Herren zu sehen, die den dritten in der Mitte hatten. Drei Personen, drei Tickets, und dann die Telegramme und die anderen Spesen!

Weisse Gott, das Zeitalter des globalen Menschen scheint ein nicht ganz billiges Zeitalter werden zu wollen!

+ + +

Verantwortlich: i. V. Albert Exler